



Jetzt will man keine Zeit verlieren

Westast Der Kanton wird dem Bund noch dieses Jahr offiziell beantragen, das Ausführungsprojekt Westast abzuschreiben. Auch die anderen Empfehlungen der Dialoggruppe sollen schnell realisiert werden.



Alle Empfehlungen der Dialoggruppe werden von der Behördendelegation umgesetzt: Sandra Hess, Christoph Neuhaus und Erich Fehr (von links) an der Medienkonferenz im Berner Rathaus. LEE KNIPP

Deborah Balmer

Jetzt ist es also auch amtlich: Die Behördendelegation will alle Empfehlungen aus dem Dialogprozess zum A5-Westast in Biel umsetzen. Der Kanton Bern wird dem Bund noch dieses Jahr beantragen, das Ausführungsprojekt zur Bieler Autobahn abzuschreiben. Das hat Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) gestern an einer Medienkonferenz im Berner Rathaus bekannt gegeben, die per Livestream übertragen wurde.

«Der Kanton hat immer gesagt, dass die A5-Westumfahrung nicht gegen den Willen der Region und der beiden Städte Biel und Nidau realisiert wird», sagte der bernische Bau- und Verkehrsdirektor.

Deshalb werde der Kanton das Ausführungsprojekt nicht mehr weiterverfolgen. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) soll das Plangenehmungsverfahren abbuchen und das Projekt abschreiben.

Festhalten will der Kanton dagegen am Zubringer rechtes Bielerseeufer, besser bekannt als Porttunnel. Dieses Projekt soll – nachdem Fragen zur Klassierung ins Nationalstrassennetz geklärt sind – zeitnah im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzepts weiter projektiert, genehmigt und umgesetzt werden.

Die Nidauer Stadtpräsidentin

Sandra Hess (FDP) betonte an der Medienkonferenz die Wichtigkeit des Porttunnels, der von der Dialoggruppe zur verkehrlichen Entlastung von Nidau empfohlen wird. «Die Nidauer brauchen Perspektiven und wir sollten keine Zeit mehr verlieren. Der Porttunnel würde uns nicht nur verkehrlich entlasten, sondern auch ganz neue Gestaltungsmöglichkeiten auf Stadtgebiet eröffnen», sagte Hess, die nicht verheimlichte, dass für Nidau diesbezüglich die Hoffnung in den geplanten Westast lange Zeit sehr gross gewesen sei. «Die Eingriffe in den städtischen Raum wären aber zu gross gewe-



sen, auch die lange oberirdische Bauzeit sprach gegen den Westast. Wir unterstützen deshalb die Abschreibung des Ausfühungsprojekts», so Hess.

Förderung des Veloverkehrs

Keine Zeit verlieren will die Behördendelegation bei der Umsetzung der von der Dialoggruppe empfohlenen kurz- und mittelfristigen Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz. Möglichst viele der Massnahmen sollen im Agglomerationsprogramm angemeldet und damit wichtige Bundesbeiträge gesichert werden. Dazu gehören etwa die Förderung des ÖV, des Velo- und Fussgängerverkehrs oder verkehrsberuhigende Massnahmen in der Stadt.

Auch wenn der geplante Westast nicht gebaut wird – ein neues Autobahnprojekt wird es in Biel in 15 bis 20 Jahren dennoch geben. Längerfristig will die Behördendelegation nämlich auch die Lücke im Nationalstrassennetz schliessen. Damit soll Biel in Zukunft so gut wie möglich vom Transitverkehr und vom regionalen Verkehr entlastet werden. Die Behördendelegation hat beschlossen, die Machbarkeit einer langfristigen Autobahnlösung zu prüfen. Laut Regierungsrat Christoph Neuhaus steht dabei die Prüfung eines Juratunnels im Vordergrund, die Variante also, die nördlich von Biel innerhalb des Juras verlaufen würde. Allerdings würde theoretisch auch das Projekt «Westast – so besser!» oder die Seelandtangente in Frage kommen, um die Stadt Biel vom Verkehr zu befreien.

Sicher ist: Damit die Entscheide umgesetzt werden, wird im Januar eine übergeordnete Projektorganisation eingesetzt. Diese

trägt den zweisprachigen Namen Espace Biel/Bienne.Nidau. Laut Neuhaus soll diese Organisation die verschiedenen Planungen und Massnahmen gesamtheitlich und in einem partizipativen Prozess koordinieren, überwachen und steuern. Dabei sollen auch die Planungsregion Seeland.biel/bienne und Jura bernois.bienne einbezogen werden. Im Rahmen eines übergeordneten Monitorings und Controllings soll der Erfolg der umgesetzten Massnahmen überwacht werden.

Zuoberst bei dieser neuen Planungsorganisation steht eine neue Behördendelegation, die die heutige Behördendelegation A5 ablöst. Sie steht unter der Leitung des Bieler Stadtpräsidenten Erich Fehr (SP). Zudem soll unter anderem eine Reflexionsgruppe, bestehend aus den am Dialogprozess beteiligten Fachorganisationen und -verbänden, gebildet werden, die den Behörden beratend zur Seite steht und eng in den Prozess einbezogen wird.

Er sei überzeugt, dass mit diesem Vorgehen die richtigen Weichen gesetzt worden seien, um den Verkehr in der Region Biel nachhaltig zu gestalten und die städtebauliche Entwicklung in die richtigen Bahnen zu lenken, sagte Neuhaus.

Nidau und Biel: Verantwortung

Erich Fehr strich die grosse Verantwortung der beiden Städte Biel und Nidau heraus. «Erfolgreich wird die neue Projektorganisation nur in enger Zusammenarbeit mit allen Gemeinden in der Agglomeration sowie mit Unterstützung von Kanton und Bund sein können», wird Fehr in einer Mitteilung zitiert.

Es sei erfreulich, dass man die

Lücke im Nationalstrassennetz mit einer bergmännischen Lösung schliessen wolle. «Wir haben hier auch die Zustimmung der westastkritischen Organisationen gefunden, was zu Beginn des Prozesses nicht gesichert war», so Fehr. Auch wenn man sofort auf den Juratunnel schliessen könne, sei es wichtig, die nötigen Abklärungen zu treffen, um zu erfahren, ob dies auch aus verkehrlicher und geologischer Sicht Sinn mache.

«Bereits in den nächsten Monaten sollen Eingaben beim Bund für kurz- und mittelfristige Massnahmen gemacht werden. Wir wollen nun keine Zeit mehr verlieren.» Fehr betonte zudem, dass er auch auf die Unterstützung des Bieler Stadtrats hoffe, um die nötigen Mittel für die Massnahmen zu erhalten. Schliesslich habe dieser den Dialogprozess gefordert.

Freude bei den Kritikern

Reaktionen gab es gestern auch von Westast-Kritikern: «Wir freuen uns, dass der Regierungsrat und die Gemeinderäte von Biel und Nidau die Empfehlungen aus dem Dialogprozess vorbehaltlos unterstützen und nicht einzelne Massnahmen aus dem ausgewogenen Paket herauslösen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Dutzenden von kurz-, mittel- und langfristigen Lösungsvorschlägen nun rasch und zeitlich gestaffelt angepackt werden, damit es zu Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmerinnen kommt, egal ob sie zu Fuss, mit dem Velo, Zug und Bus oder auch mit dem Auto unterwegs sind», sagte Catherine Duttweiler vom Komitee «Westast – so nicht!» gestern.